

Helmut Heitmann

Netzwerk- und Jugendarbeit gegen „Rechts“ – ein stetiger „Stein des Anstoßes“

Mehrmals wurde in Guben der Gedenkstein zur Erinnerung an die Ermordung von Omar ben Noui geschändet. Fassungsloses Kopfschütteln bei den einen – Aussagen wie „...muss das denn sein“ bei den anderen. Kopfzerbrechen bereitet er Politikern und Sicherheitsexperten: ein Stein des Anstoßes. Sollte man die Überwachung verstärken, gar eine Video-Kamera installieren? Einige wollten ihn am liebsten „entsorgen“, entfernen – vergessen machen. Aber er ist und bleibt ein Stein des Anstoßes und macht als steinernes Zeugnis deutlich, wie sehr es Kommunen anstrengt, sich dem Geschehen und der Erinnerung zu stellen und die Debatte über Rechtsextremismus fortzuführen.

Der Stadt Guben scheint dies inzwischen gelungen zu sein. Nicht zuletzt dazu beigetragen haben Bürger der Stadt, die lautstark intervenierten, Unterschriften sammelten, an Politiker appellierten, um eine von Abschiebung bedrohte Familie aus dem Kosovo zu unterstützen.

Netzwerke, Zusammenschlüsse und Aktionsbündnisse

Wie aber sieht es anderswo aus? „Ostdeutsche Städte in Angst“, übertitelte Burckhardt Schröder sein 1997 erschienenes Buch (Schröder 1997). So ähnlich wie die Beschreibungen der Städte und Kommunen klingen inzwischen wieder oder noch immer die Begründungen der Gewalttaten: wirtschaftliche Not, strukturelle Armut gepaart mit persönlichen „Charakterschwächen“ und der schlechte Einfluss einer randständigen und „aussätzigen“ Clique.

Verständnisvoll nickend, nimmt es eine aufgeschreckte Öffentlichkeit zu Kenntnis. Und vor Ort scheint das Problem zumindest ideologisch entsorgt. Die Schuldigen – die Verhältnisse und abwechselnd der Einzelne oder die Clique – sind sprachlich dingfest gemacht.

Aktionsbündnisse scheinen für viele Verantwortliche das Gebot der Stunde und die vermeintliche Gewähr für einen Imagewandel zu sein. Die Bürgerschaft mobilisieren und den Opfern eine Zuflucht bieten – gegen diese Idee kann kaum jemand was haben. Und doch – die bisherigen Erfahrungen bleiben unbefriedigend. Orte oder besser Räume der Angst sind geblieben. Und die an Kooperationen und Bündnisse geknüpften Hoffnungen scheinen so einfach nicht einzulösen zu sein.

Woran liegt das? Interaktionskontexte in Kommunen sind komplexer als angenommen, Kooperationen ein mehr als schwieriges Unterfangen. Und doch sind es gerade die lokalen Räume, in denen sich Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Gewalt bewähren müssen. Das Geflecht von Interaktionen ist allerdings nur selten klar zu durchschauen. Es ist nicht damit getan, dass sich Bürger zusammentun, die VHS ein Gedenkstättenangebot ins Programm hievt oder ein multikulturelles Zentrum sich der Situation in den Ländern widmet, aus denen die Asylsuchenden flüchten mussten. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es geht hier nicht um eine Kritik an den einzelnen Aktionen. Sie sind zu unterstützen. Nein, es geht darum, ein Verständnis dafür zu vermitteln, dass es keine linearen Ketten von Ursache und Wirkung gibt und dass auch nicht – getreu dem Motto „Mehr vom Gleichen“ –, die einfache Addition von diesen und ähnlichen Maßnahmen zum erhofften Ziel führt. Aktionsbündnisse sind (noch) keine Netzwerke und Netzwerke bedeuten nicht zwangsläufig eine gute Kooperation und Kommunikation. Inwieweit Netzwerke wirklich in das feingesponnene Geflecht kommunaler Interaktionsdynamiken eingreifen vermögen, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Ohne ein gründliches Verständnis davon, was das komplizierte Sozialgeflecht von Kommunen oder sozialen Räumen ausmacht, ohne zu wissen, wer alles als Akteur an solchen Prozessen mitstrickt – ohne Kenntnis vom dichten Netzwerk klientelistischer Beziehungen –, wird vieles wie ein Stochern im dichten Nebel wirken.

Es ist davon auszugehen, dass Lokalkulturen eine gewisse Homogenität entwickelt haben, dass politischer oder medialer Außendruck eine Form der

Kohäsion bewirkt und dass es Mentalitätsbestände von tradierten Fremden- oder besser Andersfeindlichkeiten gibt, die Abweichlerisches nicht dulden. Die Ambivalenz ist nur schwerlich auszuhalten, dass fremdenfeindliches oder besser andersfeindliches Tun im eigenen System beheimatet ist, dass es aus der eigenen Mitte kommt. Die eigene Verantwortlichkeit, die „Tätereigenschaft“ der eigenen Kultur, gerät, ja muss dabei geradezu aus dem eigenen Blick geraten. Die Spannung zwischen kommunaler Öffentlichkeit, Verantwortungsträgern und dem gewalttätigen Klientel (womöglich die eigenen Kinder) entspannt sich, indem die Täter zu Opfern widriger Umstände umdefiniert werden. Entsprechend klingen auch die Erklärungsmuster, die die Ursachen entweder nach „draußen“ (die schwierigen Verhältnisse), in den persönlichen Kontext der jeweils betroffenen Familie (muss man verstehen, der Vater ist seit Jahren arbeitslos) verlegen oder die böse (mediale) Außenwelt verantwortlich machen, die alles so schrecklich überzeichnet. Im Sinne eines Systems wird damit eine Wirklichkeitskonstruktion festgezurrert, die suggeriert, dass alles in Ordnung wäre, wenn man von „außen“ nicht so viel Schwierigkeiten machen würde. Das (kommunale) System, orientiert am Ideal einer konfliktfreien, homogenen Gemeinschaft, bringt sich damit wieder in Balance. Man sollte sich in dem Zusammenhang genau anschauen, welche Wirklichkeitsdeutungen gewissermaßen als Schlüsselerklärungen von Verantwortungsträgern ausgegeben werden, welche Handlungslogiken daraus folgen, und wer dann was wie tut. Vor diesem Hintergrund wird erst verständlich, wie sich Deutungssysteme sukzessiv verschieben. Bestimmte Verhaltensformen, Äußerungen erregen dann einfach keinen Anstoß mehr oder es kommt der fürsorglich-elterliche Hinweis: „Junge, kannst Du dein T-Shirt ‚Nazis raus‘ nicht mal ausziehen. Gibt doch nur Ärger. Kannst du nicht was Normales, so ‘ne Bomberjacke wie alle anderen auch, anziehen“.

Man muss es als System verstehen, in dem – nicht bewusst geplant oder strategisch verfolgt – verschiedene Faktoren in engem Wechselspiel zueinander stehen.

Grundsätzlich lassen sich solche Systeme nur bis zu einem gewissen Grade von außen beeinflussen. Musterhafte Kreisläufe mit Rückwirkungskopplungen (das dichte Netzwerk klientelistischer Beziehungen in der Gemeinde) halten sie

stabil. Was nicht heißen soll, dass es unmöglich wäre, eine Änderung einzuleiten. Systeme sind auch nicht grundsätzlich geschlossen. Sie befinden sich aber in einer Art Balance. Und Balancen sind nicht das Produkt monokausaler Abfolgen von Ereignissen.

Wir sollten prinzipiell Abschied nehmen von einem grundsätzlich linearen Verständnis von Zusammenhängen und Geschehnissen. Ein Ereignis hat nicht einfach nur ein anderes zur Folge. Und es gibt einfach nicht nur den oder die „Drahtzieher“ schlechthin, beispielsweise die Clique, mit der alles ihren Ausgang genommen hat, oder eine betreffende Leitfigur im Gemeinderat, die nur handeln müsste, damit alles sich zum Besseren wendet. Das Verhalten von einzelnen ist nie (nur) eine Folge von Persönlichkeitseigenschaften. Genauso wenig wie Arbeitslosigkeit oder das geflügelte Wort von Individualisierungsprozessen jugendliches Verhalten unmittelbar erklären können. Wie sagte doch Albert Einstein: Ein Problem soll immer so einfach wie möglich gesehen werden, aber auch nicht einfacher.

Um hierzu eine Hypothese aufzustellen: Der Problemkomplex Rechtsextremismus und „Anders“-Feindlichkeit wird selten in systemischen (regionalen wie kommunalen) Zusammenhängen gesehen und voreilig vereinfacht. Kaum einer stellt sich geduldig und mit langem Atem dem komplexen Sachverhalt. Unter pragmatischen Gesichtspunkten wird die Herangehensweise auf den kleinsten Nenner gebracht. Und Einzelmaßnahmen werden initiiert, die in Richtung Jugend- und Sozialarbeit mit eher unklaren bis unerfüllbaren Aufträgen versehen werden.

Jugend- und Sozialarbeit mit „rechtem“ Klientel

Viel „Gepäck“ lastet auf den Schultern der Jugend- und Sozialarbeit. Sie scheint in bezug auf „rechte“ Jungs weniger gewollt als eher „gemusst“. „...schafft die Jungs von der Bushaltestelle weg, schnell – gebt ihnen einen Raum – und dann muss Ruhe sein“, auf diese knappe Formel lässt sich so manches Mal der mehr oder weniger offen formulierte Auftrag bringen – gepaart mit der Neigung, das Thema

Rechtsextremismus zumindest öffentlich eher auszusparen. Doch so einfach ist es nicht.

Träger, die diese Arbeit schon seit Jahren kennen, haben sich inzwischen von der Arbeit verabschiedet. Sie haben einen Paradigmenwechsel vollzogen und sind die „Schmuddelpädagogik“ leid. Immer zwischen Baum und Borke, versehen mit Zuwendungen, die nicht zuletzt davon abhängen, wie stark die Thematik gerade wieder in der Öffentlichkeit verhandelt wurde. Das macht mürbe.

Allgemein scheint der Trend sich zur Zeit kurz- bis mittelfristigen Sicherheitsmaßnahmen zuzuwenden. Und ist es den Verantwortlichen zu verdenken, angesichts der furchtbaren Übergriffe der letzten Jahre und Monate? „Tabuisierung und Repression sind schlechter als erfolgreiche Überzeugungsarbeit, aber immer noch besser als der Ausbruch von Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus, wenn Menschen nicht zu überzeugen sind“, schreibt Giovanni di Lorenzo in einem Kommentar des Berliner „Tagesspiegel“.

Das Plädoyer ist deutlich. Grenzen gilt es also zu setzen – gegenüber einer uneinsichtigen Klientel junger Heranwachsender, die einem Mob gleich Orte besetzt hält, sie für Menschen mit „andersartigem“ Äußeren für „No-Go-Areas“ erklärt und auf sie eindrischt, sollten sie sich dennoch blicken lassen.

Doch ist das auch die Antwort für einen großen Teil von Jugendlichen und Halbwüchsigen, denen ihr markiges und provozierendes Äußeres Stütze sein kann und soll, um mit dem eigenen „Großwerden“ in eine schwer zu durchschauenden Welt im wahrsten Sinne des Wortes eine Schneise zu schlagen? Eher nicht. Gerade hier muss Jugendarbeit eine Antwort bereitstellen. Aber nur zögerlich scheint eine Antwort vor allem von politisch Verantwortlichen (noch) gewollt zu sein. Zu sehr wirkt das Image des sogenannten Ansatzes der „akzeptierenden Jugendarbeit“ fort. Fast schon ist der Begriff zum „Unwort“ verkommen. Und selbst der (ehemalige) Mentor dieser Arbeit, Franz-Josef Krafeld, nimmt Abstand und spricht inzwischen von einer „gerechtigkeitsorientierten“ Jugendarbeit (vgl. Krafeld 2000).

Der Begriff der „akzeptierenden Jugendarbeit“ scheint in Ungnade gefallen zu sein. Der Ansatz sei überholt, gescheitert, habe gar noch dem Rechtsextremismus

Vorschub geleistet, heißt es vielfach. Doch sind Intervention und Veränderung überhaupt möglich ohne ein Mindestmaß an Empathie und Kongruenz? Es sind dies Schlüsselkompetenzen sozialer Profession, ohne die eine Beziehung, ein Verstehen – wohlgermerkt: nicht Verständnis – überhaupt nicht denkbar wäre. Dies ist keine mit dem Begriff der „akzeptierenden Jugendarbeit“ ins Leben gehievte Erkenntnis, sondern – wenn man so will – ein alter „Hut“, ein „Klassiker“, der auf den humanistischen Psychologen und Gesprächstherapeuten Rogers zurückgeht. Es handelt sich um eine Basis-Kompetenz, eine Fähigkeit, sich auf die Jugendlichen einzulassen, über die Konstellation der Begegnung nachzudenken, sich einzufühlen, das Bezugssystem zu verstehen, ohne sich davon gefangen nehmen zu lassen.

Doch zu unwirklich, geradezu unglaublich erscheint heute die Vorstellung, sich „rechts“ gewirkten Jugendlichen empathisch zumindest nähern zu dürfen. Der Vorwurf heimlicher Kumpanei ist einem sicher. Zu sehr überwiegt das Empfinden, damit die „falschen“ Jugendlichen zu „fördern“ oder auf die „Erfolge“ allzu lange warten zu müssen.

Man kann hiergegen immer nur betonen: Veränderung – ein Zentralbegriff der Pädagogik – braucht als Basis eine wertschätzende Beziehung. Diese Haltung nimmt die Person als solche an, aber nicht das Geschehene oder die begangene Tat. Wertschätzung ist nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht, die eigene Position dazu oder dagegen zu stellen.

Das AgAG-Programm

Jugend- und Sozialarbeit mit rechtem Klientel als Adressatenkreis können sich aber des öffentlichen Interesses immer sicher sein. Zu faszinierend scheint die Arbeit, als dass man den Pädagogen dabei nicht gerne über die Schulter schauen mag. Schon früher gab es ungläubiges Erstaunen darüber, dass man mit „denen“ überhaupt arbeiten kann. Diese Erfahrung machten die sogenannten Fan-Projekte schon in den 80-er Jahren. Gerade die Jugendarbeit in den alten Bundesländern verstand sich – berechtigterweise – in den 70-er und 80-er Jahren als emanzipatorisch-gesellschaftsverändernde Kraft, als Teil einer sozialen Bewegung. Entsprechend eng waren die Bindungen und Sympathien zwischen Jugendarbeit und Jugendszenen. Doch spätestens mit den 90-er Jahren war eine Szenerie ins Blickfeld geraten, die

gar nicht „gut“ war, sich prügeln, andere Menschen drangsalierte, gar antidemokratische und rassistische Gesinnung offenbarte – und das nicht nur als kleine Minderheit. Durfte man mit denen arbeiten? Machte das noch Sinn? Zumal, wenn es nicht im Rahmen strukturierter Bildungs- und Aufklärungsprozesse geschah, also nicht im gesicherten Rahmen?

Und dann traten auch noch Pädagogen auf den Plan, die selber neu im Feld und sogenannte Seiteneinsteiger waren. Sie wirkten unter dem Dach des sogenannten AgAG-Programms (Aggressionsprogramm gegen Aggression und Gewalt) des damaligen Bundesjugendministeriums. Das Programm selber durfte schon als eine Art Politikum angesehen werden, konzentrierte es sich doch auf eine Arbeit mit gewaltbereitem Klientel, während gleichzeitig der klassischen Jugendarbeit die Mittel auszugehen drohten. Zudem wurde feinsinnigerweise schon in der Titelgebung jede Gefahr von rechtsextremen Konnotationen vermieden, was den Gedanken einer beabsichtigten Ent-Politisierung der Debatte nahe legte. Zu offensichtlich roch es auch nach einem Alibi- Programm angesichts der traurig schrecklichen Geschehnisse in Hoyerswerda und Rostock.

Denkbar ungünstige Startbedingungen waren das für ein Programm, das aber dann immerhin von 1992 bis 1996 lief. Es schien nur eine Frage der Zeit, bis sich die Kritik auf das Programm einschoss. Der vielfach kolportierte Satz „Glatzenpflege auf Staatskosten“ schien es auf den Punkt zu bringen.

Eine Programmatik des „Gewähren-lassens“ warf man AgAG-Projekten vor. Von Konzeptionslosigkeit und einer Jugendarbeit „light“ war die Rede. Insbesondere war es der Vorwurf, akzeptierend mit duldend zu verwechseln und damit manchen „rechten“ Jugendlichen und Gruppen eine Heimstatt zu bieten – ohne Konfrontation und Grenzsetzung.

Was heute hängengeblieben scheint, ist der Spruch: Da seht ihr mal, wohin das führt, wenn man mit denen arbeitet – getreu dem kurzatmigen Motto „...ich habe es doch immer schon gewusst“. Doch gerade in den heutigen Tagen wäre es hilfreich, sich mit den Erfahrungen dieses Programmes auseinanderzusetzen. So eindeutig, wie es heute vielfach dargestellt wird, war dieses Programm nie. Genauso wenig wie es den gewalttätigen oder rechtsextremistischen Jugendlichen an und für sich nicht gab und

auch heute nicht gibt. Vielfach sahen es die damaligen Jugend- und Sozialarbeiter vor allem als ihre Aufgabe an, die Gewalt zwischen den Jugendlichen zu verhindern. Es ging also oft um die Gewalt untereinander und gegen die „anderen“ Jugendszenen.

Dass einiges gerade in der Anfangszeit auch unglücklich lief, soll nicht verheimlicht werden. Da gab es Mitarbeiter, die in ihrer Arbeit die Distanz zu verlieren schienen. Sie waren ganz nah herangegangen, mehr als zumutbar war – bis hin zur Selbstausbeutung. Einen normalen (Arbeits-)Alltag schien es lange für sie nicht zu geben.

Aber was war schon in den Anfangszeiten des AgAG normal? Relativ undogmatisch verwandten die Mitarbeiter mehr oder weniger alles, was die Jugend(sozial)arbeit an Möglichkeiten und Ansätzen hergab, darunter erlebnispädagogische Ansätze, Straßensozialarbeit, Bildungsfahrten und Betreutes Wohnen, und etliches von dem war noch gekoppelt mit ambulanten Maßnahmen. Eine „Klage“ lag sowieso gegen viele der jugendlichen Adressaten vor.

Vielfach mussten die Mitarbeiter schlichtweg Konflikte schlichten. Es ging häufig um die Gewalt unter den Szenen oder gegen die „Anderen“, die sogenannten „Zecken“ oder die „Nazis“. Notwendig war es, zunächst einmal Räume zu schaffen, Orte, an denen der Lebensalltag stabilisiert und der Frust und Handlungsdruck herausgenommen werden konnte. Dazu gehörten solche schlichten Dinge wie gemeinsames und regelmäßiges Essen, Einkaufen, Vorbereitungen für Fahrten treffen, Behördengänge organisieren und immer wieder reden und deeskalieren. Und zwar lange bevor das Konzept der Mediation seinen Siegeszug durch schulische und psychosoziale Arbeitsfelder antreten sollte.

Es gab auch einige Projekte – auch das soll nicht übergangen werden – , die verharrend ihre Arbeit eher laufen ließen – mit der Konsequenz, dass mancherorts zu spät klar wurde, was sich unter dem Dach des Projektes an Szenen und Gruppen (auch) zusammenfand. Und es gab Mitarbeiter, die ihrem Klientel vielleicht zu sehr die „Opferrolle“ zubilligten – begründet mit dem Lebensweg und den kaum verarbeiteten wirtschaftlichen wie sozialen Umwälzungen seit 1989/90. Möglicherweise war auch nur so eine Rolle aushaltbar, mit einem wenig wohlgeleiteten Klientel zu arbeiten und sich ihm helfend zuzuwenden.

Die Verwerfungen der Wende hatten Folgen hinterlassen, und das konnten die Mitarbeiter auch an ihrem eigenen Berufslaufbahnen – in Parallelität zu ihrem Klientel – nachvollziehen. Die offene, auch politische Kontroverse zu suchen, das erinnerte möglicherweise noch zu sehr an Indoktrination. Und Überzeugungsarbeit leisten für ein System, in dem man sich noch gar nicht angekommen sah, das ging nur schwerlich vonstatten. Vermutlich kann man einigen Mitarbeitern, wahrscheinlich dem ganzen Programm nur dann gerecht werden, wenn man die Entstehung und Umsetzung kurz nach der Wende berücksichtigt.

Innerhalb des Programms wurde auf die genannten Probleme reagiert. Grenzen wurden u.a. gezogen, beispielsweise in bezug auf den Umgang mit organisierten Gruppen oder auch mit Emblemen, Insignien oder Musik rechtsextremer Provenienz. Wahrscheinlich hätte es früher passieren müssen. Möglicherweise hätten auch stärker die verbandlichen, kommunalen und vor allem politischen Rahmenbedingungen mitbedacht werden müssen, in denen die Arbeit stattfand.

Möglicherweise wird aber auch zu wenig der Balance-Akt gesehen, den viele sehr engagierte Mitarbeiter in den Projekten vollbringen mussten. Zu wenig wird anerkannt, dass innerhalb des Programmes einiges auch beispielgebend war – angefangen mit der Praxisberatung und einem ausdifferenziertem System von Fortbildung. Eine Einrichtung, die diese Begleitung fortgesetzt hätte, fehlt bis zum heutigen Tag. Keine Fortbildungsstätte, auch kein Ausbildungsstätte für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, die es zu einem signifikanten Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht und die Erfahrungen, zu denen maßgeblich auch die der (ehemaligen) Praktiker gehören, für die Ausbildung und Weiterbildung aufbereitet hätte.

Statt dessen werden die Erfahrungen mit dem Programm unter der Chiffre des „akzeptierenden Ansatzes“ auf den Vorwurf der „Du-darfst-so-bleiben- wie-du-bist – Pädagogik“ verkürzt. Und schlichtweg in Ferndiagnosen dem Arbeitsansatz die ursächliche Verantwortung für den „Vormarsch“ der rechten Szene zugeschrieben. Gewiss, eine kritische Auseinandersetzung kann nur förderlich sein. Doch der um sich greifende Fundamental-Verriss wird den Bedingungen und den jeweiligen Situationen, unter denen die Mitarbeiter vor einigen Jahren agierten, nicht gerecht.

Zudem entwertet er deren Tun. Denn was es im Detail bedeutete, ebenso „akzeptierend“ wie auseinandersetzungsfreudig und konfrontativ mit der Szene zu arbeiten, zugleich zwischen allen Stühlen sitzend die vielfältigen Interessen von Politik, Öffentlichkeit, Fachwelt und widerstreitenden Szenen vor der Haustür auszubalancieren, davon könnten viele ehemalige Mitarbeiter berichten.

Wer mit Jugendlichen „rechten“ Zuschnitts sich auseinandersetzen und erzieherisch wirken will, der muss das der Person gegenüber in unaufgeregter und respektierender, aber keineswegs billiger Weise tun. Auch – wohlgerne bezogen auf die Person – angesichts rechter Phrasen und Legenden, die mehr als anrühlich sind. Gleich mit moralisierender Bestürzung und erregter Entrüstung den Jugendlichen zu begegnen, klärt nur eines: die Fronten. Das gilt für alle pädagogischen Prozesse, in denen man ernsthaft was bewirken will. Ohne dass (auch) in dieser Arbeit eine Beziehung hergestellt wird, kann man sich den Rest schenken.

Will man die betreffenden Jugendlichen verstören, zur Provokation treiben, Rechtsextremismus fördern, muss man nur folgendes tun: sie massiv belehren, schlecht machen, vorführen und zweifelsfrei ablehnen mit allen ihren so widersprüchlichen Facetten.

Um es deutlich zu sagen: Beziehungen herstellen und sich Auseinandersetzen hat nichts mit „Gewähren-lassen“ zu tun. Denn dass argumentiert und gestritten wird, das wünschen sich auch die Jugendlichen. Aber es muss auch geschehen, und keineswegs darf den ungemütlichen Fragen ausgewichen werden, sei es nach gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten, nach dem Sinn demokratischer Prinzipien und Spielregeln, sei es nach den angeblichen Vorteilen ethnischer Solidargemeinschaften oder nach esoterisch angehauchte Bezugnahmen auf altgermanische Traditionsbestände und Mythen. Positionen müssen bezogen werden.

Was sollen Jugendliche denken, wenn selbst provozierendste Äußerungen, Parolen und Vorurteile unwidersprochen bleiben? Jugendliche wollen und nutzen Reibungsflächen. Supranationalistische Töne, Geschichtsklitterungen, die den braunen Geist von gestern heraufbeschwören, brauchen (gut begründete) Widerworte und die Auseinandersetzung. Konfrontationen erschüttern keineswegs

das erworbene Vertrauen, Beziehungen müssen daran nicht scheitern, einem respektvollen Umgang muss es nicht im Wege stehen. Ebenso wenig das Setzen von Grenzen, sei es in Bezug auf Zielgruppen oder sei es in Bezug auf das Regelwerk, das im Jugendhaus gilt. Das bedeutet im konkreten Umgang mit entsprechenden Jugendlichen die Festsetzung, dass es verbindliche Grenzen gibt, die nicht überschritten werden können; zum anderen heißt das auch eine Grenzziehung in Bezug auf die Reichweite eigener Arbeit. Sozialarbeit ist nicht allmächtig. Der Erfolg kann schließlich nicht daran gemessen werden, dass betreffende Jugendliche nie mehr im Leben „schlägern“, nie mehr ihr Kreuzchen bei einer rechtsextremen Partei machen oder mit wachsendem Alter einer Art „gemütlichen“ Rassismus frönen.

Der vielfach zitierte Satz, dass es in der Jugend- und Sozialarbeit nicht nur um Jugendliche geht, die Probleme machen, sondern um Jugendliche, die Probleme haben, kann andererseits nicht dazu führen, sie zu „betücheln“ und zu „herzen“. Es geht um eine an Jugendlichen interessierte Arbeit, um eine, die sie ernst nimmt, die zunächst fragt, um zu verstehen, und die Beziehungsarbeit auch versteht im Sinne einer Beziehung auf ein Ziel hin – also, um auch konkret etwas zu verändern.

In der ernsthaften Auseinandersetzung hierüber hat Sozialarbeit aufgrund ihrer Rolle und Nähe zum Klientel weit mehr Chancen, wirksam zu werden als jede politische Bildung im Stundentakt. Sie wäre, nein sie ist (auch) eine Art politische Bildung „on the road“.

Die Arbeit besteht aus weit mehr als aus Verboten von rechten Insignien oder dem Abspielen von rechten Agitations-Songs. Dass hier eindeutige Grenzen zu ziehen und auch durchzusetzen sind, sollte selbstverständlich sein. Schließlich vertritt und repräsentiert der Jugend- und Sozialarbeiter auch die Haltungen der zivilen Gesellschaft. Aber es geht darüber hinaus um mehr, um den Anspruch von Veränderung von Verhalten – und das im persönlichen Kontakt, denn Beziehung ist die Grundlage pädagogischen Verhaltens. Das alles jedoch ohne Garantieanspruch, denn Erziehung ist kein eindimensionaler, berechenbarer Prozess.

Auch davon könnten übrigens viele der ehemaligen Mitarbeiter in den Projekten des Programms erzählen. Doch dieses Erfahrungswissen scheint nicht gefragt. Durch das öffentliche Tabu, das sich schon allein mit dem Begriff des sogenannten

„akzeptierenden Ansatzes“ verbindet, benimmt man sich der Möglichkeit, mittels einer kritischen Würdigung von den erworbenen Erfahrungen zu profitieren. Zugelassen scheint nur noch ein dichotomes Denken: gut oder schlecht, schwarz oder weiß, verwendbar oder ablehnenswert.

Paradigmenwechsel mit neuen Programmen?

Inzwischen werden neue Versuche gestartet mit neuen Programmen – man erfindet das Rad der Geschichte zum wiederholten Male. Und bekommt noch etwas als Begleiterscheinung: Es finden sich immer weniger Jugend- und Sozialarbeiter gerade in ländlichen Regionen, die unmittelbar an die „Szenen“ herangehen würden. Außer auf ABM und SAM-Basis oder erneut mit beruflichen Quereinsteigern – denn denen bleibt nichts anderes übrig. Auch das hatten wir schon mal – kurz nach der Wende.

Schaut man sich die vielfältigen Programmvorschlage, Initiativen und Aktionen an, die neu entworfen wurden, lässt sich geradezu von „blühenden Landschaften“ in den neuen Bundesländern reden.

Doch eins nach dem anderen: Verschiedenste Profile sind jetzt gefragt, und unterschiedliche Kompetenzen sollen zusammenwirken. Das ist auch gut so. Die Bandbreite und Programm-Vielfalt ist ebenfalls zu begrüßen, zumal dann, wenn unabhängige Initiativen maßgeblich beteiligt werden sollen. Sinnvoll erscheinen gezielte Projekte zur Förderung von Zivilgesellschaft und mithin die Würdigung des Tuns gerade junger Menschen. Kritisch jedoch – aber das scheint heute nun einmal üblich so zu sein – muss erneut die Kürze der Laufzeiten gesehen werden.

Gefragt werden muss auch nach dem Programm-Mix. Inwieweit war und ist dieser Mix sinnvoll? Wo und wie kann es dabei zu einem konkreten Zusammenwirken der geförderten Projekte gerade auf lokaler Ebene kommen? Welche Instrumente sieht das Programm vor, um ein Zusammenwirken auf unterer und regionaler Ebene zu fördern?

Der Eindruck drängt sich einem zumindest auf, dass es zu einem Streudosen-Effekt kommen könnte, der gezielt Klientelinteressen bedient. So sehr das ehemalige

AgAG-Programm möglicherweise eine „Schlagseite“ in Richtung einer Arbeit mit jugendlichen „Tätern“ hatte, so könnte es jetzt passieren, dass nur noch die „andere“ Seite in den Blick gerät, die – zugegebenermaßen ein wenig polemisch formuliert – die Finanzierung von Projekten für positives, gutes und der Toleranz verpflichtetes Denken und Verhalten würdigt – anders formuliert: die Überzeugung der Überzeugten.

Doch die Probleme gründen tiefer: Wo liegen die inneren, auch politischen Verknüpfungen in lokalen Bezügen? War und ist das beispielsweise ein Kriterium in der Vergabepolitik? Oder ist der Programm-Mix eher dazu geeignet, dass (nur) einzelne Faktoren, einzelne Jugendliche bzw. Jugendgruppen in den Fokus genommen werden – und strukturelle Zusammenhänge, Prozesse und Beziehungsmuster (beispielsweise innerhalb einer Region oder auch eines Gemeinwesens) außen vor bleiben? Grundsätzlicher gefragt: Wird der Problemkomplex Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt in seinen systemischen Zusammenhängen gesehen oder zumindest zu sehen versucht oder wird voreilig vereinfacht?

Die Aufspaltung des Programmkomplexes und damit die Verschachtelung in eine Vielzahl von Einzelsegmenten sollte nicht wieder zum Grundprinzip verleiten, in einfachen Kausalbeziehungen (Wenn-dann-Logiken) zu denken, Teilsegmente (weil gerade opportun) herauszugreifen und politische Zusammenhänge außen vor zu lassen. So begrüßenswert es auch ist, kleine Initiativen und gerade Opfer-Hilfen zu stärken und zu unterstützen: Wenn das Umfeld oder andere Wirkfaktoren in Kommune und Region nicht mit einbezogen werden, nicht für eine Implementierung der Programmelemente in die lokalen Bezüge gesorgt wird, verpufft die Wirkung womöglich rasch.

Es gilt, der Komplexität und Vernetztheit der Problemkonstellation auf lokaler Ebene erheblich mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Ansonsten leiden die Programme unter einer vereinfachenden und symbolischen (Sozial-)Pädagogisierung und „Verjugendlichung“ des Problems. Der Jugendliche und die jugendliche Clique und werden dann zum Fokus des (pathologischen) Geschehens. Das macht es für die Außenbetrachtung einfacher, weil zwar bedrohlich, exotisch aufladbar, aber dadurch auch handhabbarer. Schlimmstenfalls kann man sich immer noch distanzieren.

Beratung und Qualifikation tut not!

Es war bereits eine Erfahrung des AgAG-Programms: keine Arbeit in diesem Feld ohne kontinuierliche Supervision und Beratung. Ein sozialpädagogischer Abschluss qualifiziert nicht per se für die Arbeit. Es ist ohnehin die Frage: Wird in der Ausbildung in genügender Weise (auch) auf diese Arbeit vorbereitet?

Es braucht schlichtweg Wissen und Erfahrung in dieser Arbeit: beispielsweise über den Umgang mit Gewalt – oder anders formuliert mit „heftigen“ Kommunikationsmustern.

Jugend- und Sozialarbeit muss sich in handfesten Konfliktsituationen verhalten können. Sie muss schnell begreifen können, wie die Verhaltensmuster gemeint sind. Wird da (nur) abgetestet, hat es eher eine spielerischen Note, steckt eine frontale Ablehnung dahinter oder ist es eher die Folge entsprechender Erfahrungen?

Jugendarbeiter müssen in solch heiklen und schwer interpretierbaren Situationen schnell handeln und situative Möglichkeiten der (Noch-)Ansprechbarkeit der Kontrahenten erfassen können. Das aber geht nur dann, wenn sie solche Situationen kennen, die Angstbesetztheit solcher Situationen schon am eigenen Leibe verspürt oder mindestens schon mal durchgespielt haben.

Es braucht zudem Wissen in der Arbeit: über Argumentationsmuster in der Szene, über die Bedeutung von Symboliken, über den rechtlichen Hintergrund von Straftatbeständen. Das, was da an Legenden und Mythen gestrickt wird, ist nur schwer zu ertragen. Und trotzdem bedeutet es: einerseits zuhören können und sein „politisches“ Instrumentarium, das einem womöglich zur Verfügung steht, nicht gleich bei der ersten Legendenbildung und absurden Geschichtsklitterung auspacken.

Denn dann kann man gleich wieder einpacken. Andererseits meint dies keineswegs, darauf zu verzichten, Positionen zu beziehen, sondern im wohlverstandenen Sinne konfrontieren. Die Frage ist dabei nicht nur die nach dem Wie, sondern auch die nach dem Womit. Das soll heißen, es braucht profunde historische Kenntnisse. Man sollte sich nicht im dem Glauben wiegen, da sei bei den „Kids“ nie was dahinter. Die wüssten doch gar nichts über historische Zusammenhänge. Sicher sind die Argumente oder das Wissen häufig mehr als kurzatmig, sicher wird man Jugendliche

nicht leicht überzeugen können. Aber es geht in solchen Diskussionen oder Auseinandersetzungen auch um die Ebene darunter, um die Rückbezüge zum Alltag und zum unmittelbaren Umfeld. Man stelle sich einfach nur vor, man wird in solche Diskussionen von jemanden aus der organisierten „Szene“ verwickelt. Und der versteht es zu argumentieren. Und dem Sozialarbeiter fällt möglicherweise nicht viel ein. Und es steht eine Schar von jüngeren Jugendlichen herum. Interessiert und aufmerksam verfolgt dieser Kreis, ob der „Sozi“ argumentieren oder überhaupt inhaltlich zum Thema was sagen kann – anders formuliert: wie ernst dem Sozialarbeiter in dem Augenblick die Diskussions- und Sachebene ist. Dieses sind womöglich entscheidende Momente. Wie kongruent, wie überzeugend ist also die Person des Jugendarbeiters in einer solchen Situation?

Wie weiter?

Die neuen Programme sind in der Umsetzung. Und wie jedes Programm stehen sie unter dem Anspruch, Herausragendes oder doch zumindest bislang nicht „Dagewesenes“ zu liefern. Das entspricht nicht zuletzt dem öffentlichen Wunsch nach Neuem, möglicherweise Exotischem. Dabei wird allerdings übersehen, was es an guten und sinnvollen Ansätzen und Arbeiten auch jetzt schon zahlreich gibt und gab. Allein, es fehlen die Stetigkeit und die Unterstützung in der Region, gerade auch im ländlichen Raum.

Dort jedoch muss weiterhin improvisiert werden, z.B. mit Maßnahmen des Arbeitsamtes und mit beruflichen Quereinsteigern, d.h. mit kurzzeitigen Verträgen. Alternativen scheinen sich aufgrund struktureller Gründe kaum anzubieten. Zweifel sind – bei aller Anerkennung des Engagements der dort Tätigen – geboten, dass es gut geht bzw. die Vielfalt der Problemstellungen gelöst werden können. Dringend notwendig wären begleitende Beratung und Fortbildung – und zwar kontinuierlich und unmittelbar vor Ort. Fehl es auch daran, sollte man es besser bleiben lassen.

Die Arbeit braucht außerdem eine stetige Außensicht. Sie muss sich selbst Grenzen setzen und mitunter auch setzen lassen. Man kann indessen sicher sein: Diese Art Arbeit ist und bleibt ein Stein des permanenten Anstoßes: für die Öffentlichkeit, die Kommunalpolitik, die Bürger („... wo doch das Geld für Jugendliche, die es verdient hätten, viel besser aufgehoben wäre“), ja auch für die eigenen Fachkollegen in

anderen Ressorts. Spätestens, wenn sie als gescheitert gilt („...hat´s was gebracht?“), bringt diese Arbeit womöglich noch ganz andere Felder der Sozialarbeit in Verruf.

Jugend- und Sozialarbeit – auch und gerade mit rechten Jugendlichen – ist immer mit den Folgen gesellschaftlicher Entwicklungen konfrontiert, sie agiert gewissermaßen in den gesellschaftlichen Vor-Feldern. Dort liegen ihre Chancen wie auch ihre Begrenzungen. Jugendarbeit muss sich gerade in diesem Feld selbstredend (auch) als politisch verstehen. Aber Politik wird sie nicht ersetzen können.

Literatur

- Krafeld, Franz Josef (2000): Gerechtigkeitsorientierte Jugendarbeit; In: Deutsche Jugend Nr.6 (48.Jg.).
- Schröder, Burckhardt 1997): Ostdeutsche Städte in Angst“, Reinbek bei Hamburg.